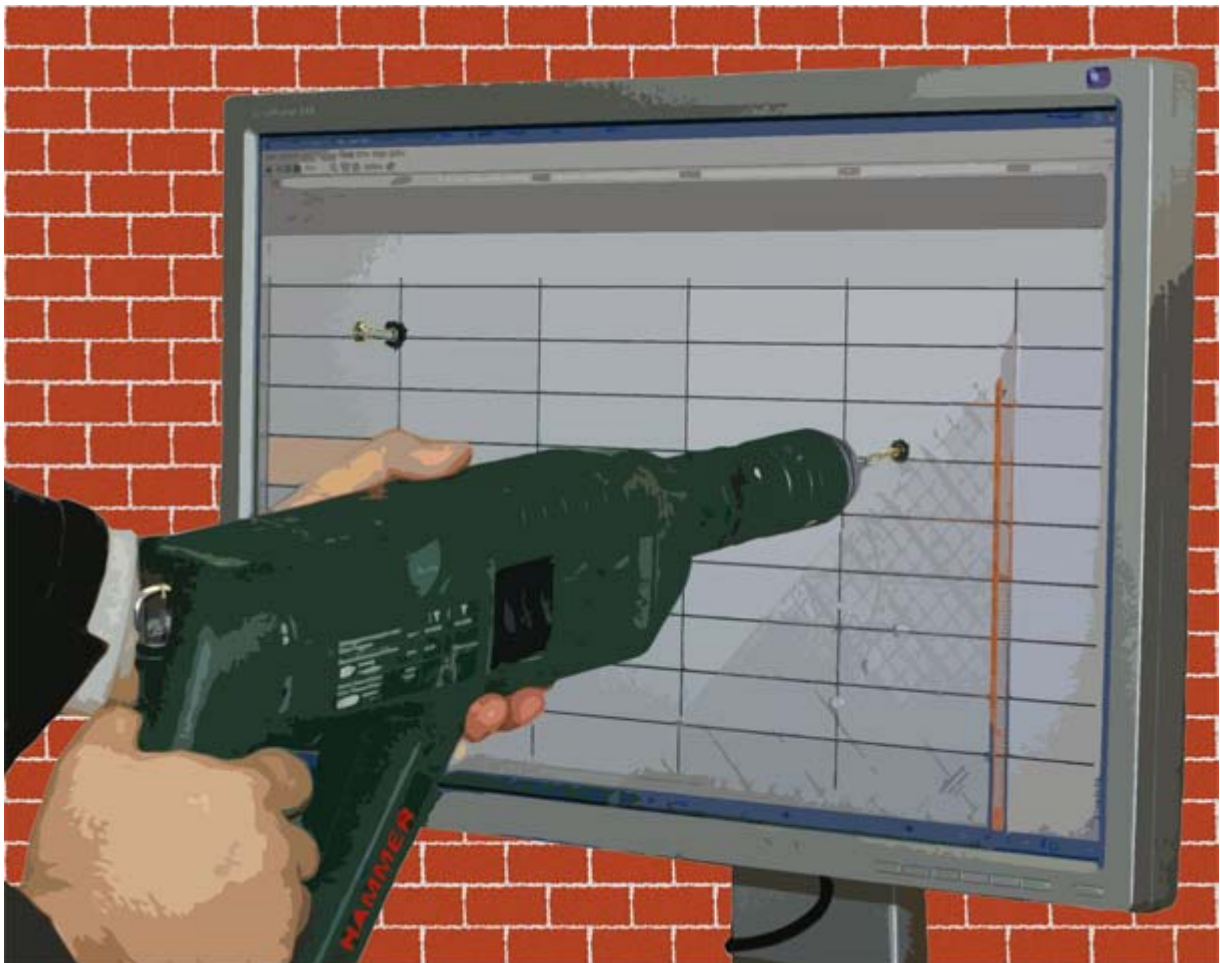


Initiative zur Aufklärung über das Herunterregulieren öffentlicher Schulen



Infos über die Bedeutung dieses Bildes

aktueller kommentierter Videobeitrag, der die Brisanz des Themas und die Problemstellung erläutert:

http://sys-tv.de/html/ewig_gestrige.html

Dokumentation über einen Versuch, als autokratisch empfundenen Entwicklungen im Schulalltag entgegenzusteuern.

Ausdruck am 10.06.09 um 10:45 Uhr

Dieses Dokument basiert auf einem Konzept der Elterninitiative Schülerhort der Ernst-Reuter-Schule (ERS). Diese Elterninitiative verfolgt das Ziel, den Bau eines städtischen Schülerhorts auf dem Pausengelände der ERS zu verhindern.

Diese Darstellung verfolgt das Ziel, das Außenverhältnis zu weiteren Gegnern autokratischer Entwicklungen zu regeln. So kann ein Gegengewicht zu professionellen Überzeugern, Systemstabilisierern, Rabulistik und Eristik gebildet werden. Sie versteht sich also als die „andere Initiative“ im Sinne des Vorschlags des Waldstadter Bürgervereins (vgl. S. 11).

Beim Abstimmen unterschiedlicher Standpunkte der Elterninitiative Schülerhort traten Interessenkonflikte auf. Diese sind bedingt durch den begrenzten Freiraum, den die Politik Bürgern, insbesondere auch Schulleitungen, lässt.

Hubertus Marek verfasst und veröffentlicht dieses Papier im Rahmen seiner Feierabendseite „Fidulitas“. Er war gleichzeitig auch Koordinator der Elterninitiative „Schülerhort“ der ERS.



Gliederung

Einleitung	2
Einleitung	2
Problemstellung	2
Bürgerbegehren in Karlsruhe	3
Helmholtz-Gymnasium als Beispiel für erfolgte Herunterregulierung	3
Das Verfahren mit dem Kinder- und Jugendtreff in der Nordweststadt	4
Zielsetzungen	5
Ansatzpunkte für politische Argumentation und Überzeugung	5
Regionen dürfen nicht zu bloßen Schlafstätten verkommen	5
Erfordernis soziale Brennpunkte ausreichend zu versorgen	5

Argumentation speziell im Bezug auf die Ernst Reuter Schule	6
Argument: Länge des Gebäudes	6
Alternativvorschlag wurde nicht genügend geprüft	6
Pflichtverletzung klären	6
Aufsichtsfrage	9
Nur interne Fragestellung?	9
Anfrage an den Gemeinderat über http://www.BUEKA.de	10
Mitstreiter	11
Elternbeirat der ERS	11
die aktiven im Bürgerverein Waldstadt was den Schülerhort anbelangt.....	12
Die Partei Bürger für Karlsruhe	12
Inhaltliche Darstellung	13
Briefentwurf.....	14
Verbreitung der Informationen	15
Vorgehen und Zielgruppen	15
Schriftliche Erklärungen	15
Rathaus am Marktplatz	15
Dezernat 3.....	15
Dezernat 5.....	15
Kultusministerium.....	15
Helmut Rau MdL	15
Beauftragte für Chancengleichheit des Kultusministeriums	16
Bundesebene mit interessiertem Umfeld	16
Organisation einer Demo.....	16
Artikel 37 Grundgesetz	17
Rechtzeitige Androhung und ggf. Durchführung eines Boykotts des städtischen Schülerhorts.....	17
Kampagnen durchführen	17

EINLEITUNG

Einleitung

Dieses Dokument ist eine Auflistung von Möglichkeiten, die bestehen, um eine Verschlechterung des Pausenbereichs der ERS zu verhindern. Das Dokument ist multimedial. Es enthält Links, zum Aufrufen von Internet-Seiten und Videos. Links sind teilweise explizit dargestellt bzw. verbergen sich hinter unterstrichenen Textpassagen. Zum Abspielen der Videos ist ein DSL-Anschluß erforderlich. Folgendes Video nennt ein wesentliches Kriterium dafür, warum Verschlechterungen von öffentlichen Schulen nicht hinnehmbar sind:

<http://www.sys-tv.de/ers/ProfZenkeBildung.wmv>

In einer Zeit, wo von politischen Vertretern, denen viele mit höchstem Misstrauen begegnen, eine neue Weltordnung ausgerufen wird (1991), gilt es, soziale Errungenschaften zu verteidigen.

Im Land der Dichter und Denker war das Thema Motivation hoch angesiedelt. Wenn man Motivation im Sinne der neuen Weltordnung betrachtet, so heißt das Motto „Erziehung ist Erpressung“. Die Entwicklung innerer (intrinsischer) Motivation verkümmert. Der Mensch wird durch die äußeren Rahmenbedingungen zum Handeln aus niedrigen Beweggründen erzogen.

Schulen und alternative Freizeitangeboten für Jugendliche sind als Gegengewicht zu einer gleichgeschalteten, destruktiven Medienlandschaft wichtiger denn je.

Problemstellung

Unser System charakterisiert sich dadurch, daß es eine führende Gesellschaftsschicht herkunftsbedingt schafft, regelmäßig Recht im Unrecht zu haben. Es bedarf eines an Schizophrenie grenzenden Mutes, sich dieser Schicht die Stirn zu bieten.

Hier ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Elternbeirates im Schuljahr 2006/2007:

„Aktuelle Baumaßnahmen auf dem Gelände der ERS:

- *Arkaden*
- *Materialraum*
- *2 Fachräume*
- *städtischer Schülerhort*

Bauplan wurde zu Ungunsten ERS geändert, Eltern äußern Unverständnis über diese Entscheidung und bemängeln die Informationspolitik der Stadt Karlsruhe. Der Elternbeirat

*beschließt eine Elterninitiative „Schülerhort“, Hubertus Marek koordiniert und berichtet dem Gremium.
Langfristig sollen*

- der Schulhof
- die Heizungsanlage
- die Fenster
- und die Turnhalle saniert werden“

Gegenstand dieser Betrachtung ist der Städtische Schülerhort auf dem Pausengelände der ERS.

Durch die Verschlechterung öffentlicher Schulen wie ERS und Helmholtz-Gymnasium, wird besserverdienenden Eltern die Frage bewusst, ob sie ihre Kinder nicht doch lieber auf eine Privatschule schicken sollen. Die Solidargemeinschaft bricht so auseinander. Reiche gesellen sich nur noch mit Reichen. Die Ärmern werden nur noch ruhiggestellt und verwaltet. Es entsteht gesellschaftlicher Inzest.

Bürgerbegehren in Karlsruhe

Als größtes Hindernis für Bürgerbegehren hat der Verband die Zulassungsbedingungen ausgemacht. Im ersten Jahr nach der Reform, im Zeitraum von August 2005 bis Juli 2006 seien sieben von 14 abgeschlossene Bürgerbegehren als unzulässig erklärt worden. Zwei Begehren scheiterten beim Bürgerentscheid am Abstimmungsquorum. Fabian Reidinger, Mitglied des Landesvorstands, zieht eine traurige Bilanz: "Zwei Drittel aller Anläufe der Bürger sich an der Politik zu beteiligen enden im Frust und im Abseits."

Helmholtz-Gymnasium als Beispiel für erfolgte Herunterregulierung

1978 kam es im Zuge einer Aktion zur Neugestaltung von Schulhöfen (Wettbewerb, Ausstellung im Landesgewerbeamt, Radio- und Fernsehbeiträge) zu einer Umwidmung der Grashofstraße. Sie war nicht mehr für den Straßenverkehr zugelassen und wurde Bestandteil des Schulhofs des Helmholtz-Gymnasiums. Nach der Umwidmung wurde das Raumkontingent für das Helmholtz-Gymnasium seitens des Rathauses West immer weiter gesenkt. Gleichzeitig wurden Möglichkeiten der Stadtverwaltung, Parkverbote in der Grashofstraße durchzusetzen und illegalen Straßenverkehr ausreichend zu verfolgen nicht wahrgenommen. So wurde die Einbindung der Grashofstraße in den Schulbereich politisch sanktioniert.

Mit dem Bau der Nordstadtbahn kam es zu einer erneuten Umwidmung der Grashofstraße. In der Straßenmitte befinden sich nun die Gleise der neuen Linie 3 in die Nordstadt. Die Grashofstraße ist nicht mehr Bestandteil des Schulhofs. Dieser Verlust ist besonders schmerzlich, weil das Helmholtz-Gymnasium zwischenzeitlich Ganztagschule ist. Der verbliebene Schulhof wird durch das südlich gelegene Schulhauptgebäude verschattet. Zusätzlich wurde er durch Bau zusätzlicher Gebäude verkleinert. Der Schule wurde weisgemacht, sie müsste die Grashofstraße an die KVV abtreten, um die Umrüstung des Helmholtz-Gymnasiums zur Ganztagschule (Kantine etc.) zu finanzieren. Die Stadt/der Staat haben also ihre Mittel geschont – und wofür? Beim Kauf einer Straßenbahnkarte muß der Bürger für sachfremde Aufwendungen aufkommen.

Das Verfahren mit dem Kinder- und Jugendtreff in der Nordweststadt

In der Nordweststadt wurde 2004 ein ähnlicher Kinder- und Jugendtreff wie der in der Waldstadt abgerissen. „Ersatz“ wurde auf dem Gelände der Werner-von-Siemens-Schule geschaffen.



Foto: ccw, Datum der Aufnahme: 21.03.2006

Wozu genau das Gelände des alten Treffs bestimmt ist, ist unklar.

Die Interessen von Jugendlichen über 15 Jahren wurden bei der Neukonzeption wenig berücksichtigt. Das Gebäude ist nicht mehr eigenständig. Die Schulordnung gilt auch im Jugendtreff. Das bedeutet z.B. Alkohol- und Rauchverbot. Vermietungen sind fast nicht mehr möglich. Toiletten liegen entfernt und werden gemeinsam mit der Schule genutzt. Dies bereitet den Betreuern der Einrichtung Probleme bei der Aufsicht.

Der Abriss dieses Gebäudes war zwar sinnvoll, weil es wegen noch schlechterer Bausubstanz durch den Treff gerechtfertigt war. Jedoch wurden beim teuren Neubau die Interessen der Zielgruppen wenig berücksichtigt.

Zielsetzungen

Ansatzpunkte für politische Argumentation und Überzeugung

Nachdem im Falle der Ernst-Reuter Grund- und Hauptschule das Kind in den Brunnen gefallen ist, stellt sich im Hinblick auf weiteres Herunterregulieren öffentlicher Schulen die Frage nach Argumenten gegen dieses Vorgehen. Wie kann in Zeiten großer Investition für lobbyistisch organisierte Straßenbauprojekte und Kriegswaffen erreicht werden, dass auch Dinge realisiert werden, die für den Bürger von größerem Nutzen sind?

Regionen dürfen nicht zu bloßen Schlafstätten verkommen

Ivo Gönner, OB von Ulm und Präsident des Städtetags von Baden-Württemberg erklärt bei einem Vortrag am 05.04.2008 die Politik habe zwischenzeitlich erkannt, dass gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung Regionen nicht zu bloßen Schlafstätten verkommen dürfen. Die Vergreisung der Gesellschaft stellt noch höhere Anforderungen an einen Kommunikationsprozess, bei dem die ältere Generation allmählich aber auch rechtzeitig, Positionen an den Schaltstellen der Macht mit leistungsfähigen Nachfolgern besetzt. Ohne diesen Prozeß entstehen in der Gesellschaft Mangel und Chaos.

In Karlsruhe scheint aber selbst ein Wink mit dem Zaunpfahl noch nicht zu reichen, um Politiker auf diese Schiene zu bringen. Filmbeitrag zum Thema . . .

Sehen Sie hier, wie Mitbestimmung in anderen Bundesländer geregelt wird:

<https://buengerhaushalt.stadt-koeln.de/discoursemachine.php?page=survey&survey=1>

Erfordernis soziale Brennpunkte ausreichend zu versorgen

Belegt werden soll der Anspruch, ein Herunterregulieren öffentlicher Schulen zu verhindern, mit folgender Erkenntnis:

In keinem anderen vergleichbaren Industriestaat ist der Bildungserfolg eines Schülers so abhängig von seiner sozialen Herkunft wie in Deutschland (Erkenntnis aus den PISA-Studien).

Diese Forderung wurde nicht nur von Prof. Dr. Zenke am 04.12.2006 im Stuttgarter Landtag gemacht (<http://www.sys-tv.de/ers/ProfZenkeBildung.wmv>)

auch der ehemalige Bundeskanzler Schröder hat diese Forderung in mindestens einer Ansprache gestellt.

Argumentation speziell im Bezug auf die Ernst Reuter Schule

Es gilt bezüglich ERS das Argument „Ihr habt doch zugestimmt“ zu entlarven und zu entkräften.

Argument: Länge des Gebäudes

Zugestimmt wurde einer Gebäudelänge von 28 m. Tatsächlich soll das Gebäude 43 m lang werden. Hier ist eine Information an die Beteiligten unterblieben.

Alternativvorschlag wurde nicht genügend geprüft

Bei der Begehung der Waldstadt am 26.10.2006 haben Stadträte eingeräumt, dass sie über den Alternativvorschlag der ERS nicht informiert wurden. Zeuge ist z.B. Herr Memmet Köse vom Elternbeirat und Bürgerverein der Waldstadt Karlsruhe.

Pflichtverletzung klären

Dies soll geschehen durch ein Belegen, daß der Bau eines zusätzlichen Gebäudes auf den Pausengelände einem Herunterregulieren der Qualität des schulischen Umfelds gleichkommt.

Veränderungen im Zuge von Baumaßnahmen sollen visuell dokumentiert werden. Zielsetzung ist es, zu permanent zu prüfen,

- welche Veränderungen durch die Baumaßnahmen eingetreten sind
- welche vermeidbaren Beeinträchtigungen für den Schulbetrieb entstehen

Trotz intensiver Bemühungen konnte bislang nicht geklärt werden, warum der städtische Schülerhort nicht auf dem ursprünglichen Gelände gebaut wird.

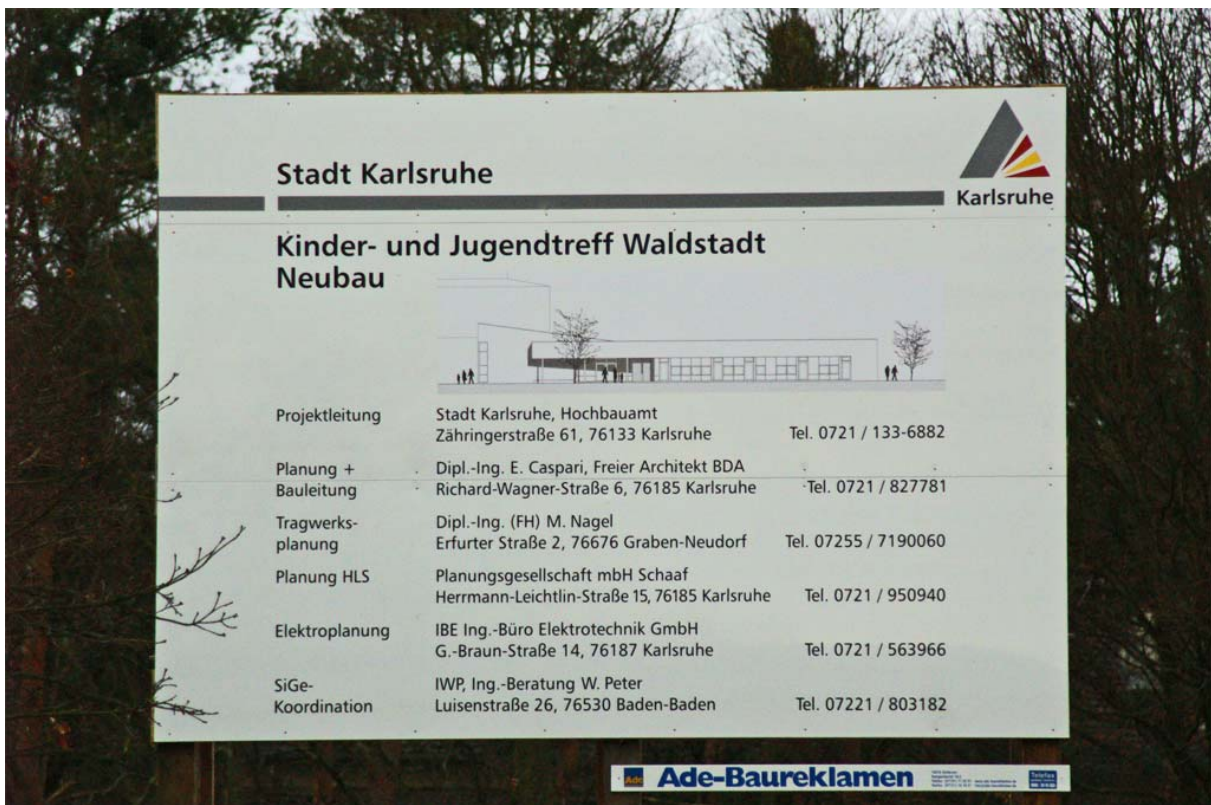
Auf dem ursprünglichen Gelände ist genug Platz für einen neuen Schülerhort. Der eingezäunte Bereich des ursprünglichen Schülerhorts umfasst ein Areal von

$68,8 \times 45,5 \text{ m} = 3.130,4 \text{ m}^2$.

Ein 43m langer Schülerhort würde hier also sogar in der Breite hineinpassen.



So sah der alte Komplex, bestehend aus Schülerhort + Kinder- und Jugendtreff jahrelang aus.



Etwas überraschend tauchte diese Reklametafel im Februar 2007 südwestlich des Waldstadtzentrums auf.

Die Fragestellung, inwieweit das Einbeziehen des Schülerhorts in diesen Komplex Sinn gemacht hätte, wurde in der Planungsphase durch fehlende Information ausgeklammert.

Für einen Schülerhort auch am neuen Standort des Kinder- und Jugendtreffs hätte z.B. gesprochen:

- der Schülerhort wäre nicht in einem Randbezirk, sondern für alle Schulen besser erreichbar
- weniger Aufsichtprobleme, da es in der Region um das Waldstadtzentrum weniger schwach frequentierte Ecken gibt, die unerwünschten Personen Deckung und Tarnung bieten können
- behindertengerecht durch ebenerdigen Zugang und nahe Parkplätze
- Synergien durch die Nähe zur Stadtteilbibliothek
- keine Abwasserhebeanlage nötig
- fester Baugrund

Der Stadt hat in dieser Angelegenheit nicht informiert. Wurde doch im Rahmen meiner bzw. unserer Recherche die konkrete Frage zur Zukunft ursprünglichen Gebäudekomplexes (bestehend aus Schülerhort + Kinder- und Jugendtreff) gestellt. Eine Anfrage bei Herrn Köse (Elternvertreter der ERS und Mitglied im Bürgerverein) ergab, daß der Waldstadter Bürgerverein auch erst bei Beginn der Bauarbeiten von diesem Projekt erfahren hat.

Bleibt zu hoffen, daß dieser Kinder- und Jugendtreff bedarfsgerechter wird als der neue Treff in der Nordweststadt.

Beispiel Erbprinzenstraße:



Der Umbau im Bereich des Ettlinger Tors soll 40 Mio. an öffentlichen Mitteln verschlungen haben. Das wurde erst im Zuge einer Anfrage im Gemeinderat zugegeben. Da die Antwort auf die Anfrage nicht mehr greifbar ist, habe ich zusätzlich beim Bund der Steuerzahler nachgefasst. Mehr dazu . . .

Wie vertragen sich Herunterregulierungen öffentlicher Schulen in Karlsruhe mit dem Grundgesetz? Das Grundgesetz sichert gleiche Bildungs- und Lebenschancen für Schüler zu. Die Forderung nach Chancengleichheit wurde bereits in der Aufklärung Ende des 17. Jahrhunderts gefordert. Sie findet sich in der Allgemeinen Erklärung der UNO und den Grundrechtstexten der Verfassungen westlicher Demokratien.

Aufsichtsfrage

Eine Studienrätin (i.R.) des Helmholtz-Gymnasiums vermutet, dass die Stadt die Aufsicht über den Schülerhort an die ERS abdrücken will. Hier sollten von der Schulleitung bohrende Fragen an die Stadtverwaltung gestellt werden. Status 13.11.06: erfolgt aber kein Effekt.

Nur interne Fragestellung?

Im Rahmen der Fragestellung, ob in Karlsruhe öffentliche Schulen bewusst herunterreguliert werden, ergeben sich folgende Fragestellungen:

Als Eltern der ERS möchten wir gerne wissen, inwieweit in Karlsruhe das Ziel einer besseren Positionierung Deutscher Schüler im europäischen Leistungsvergleich verfolgt wird.

Was sich auf unserer Sicht ergibt ist, daß durch bewusste Verschlechterung öffentlicher Schulen und Verbesserung privater Schulen das alte Römische Herrschaftsdoktrin „**teile und herrsche**“ angewendet wird.

Nicht nur bei der ERS wird herunterreguliert. Auch Im Helmholtz-Gymnasium kam es zu einer deutlichen Verschlechterung des Pausenbereichs. **Auch hier wurde einer öffentlichen Schule ein Teil ihres nutzbaren Grund und Bodens entzogen.**

Filmbeitrag zum Thema Helmholtz-Gymnasium: <http://www.mcpin.org/Helmholtz.wmv>

Thema im Stadtwiki Karlsruhe <http://ka.stadtwiki.net/Grashofstra%C3%9Fe>

Anfrage an den Gemeinderat über <http://www.BUEKA.de>

http://ka.stadtwiki.net/Diskussion:Sch%C3%BClerhort_%28Waldstadt%29

(Ist leider nicht mehr vor der Sommerpause reingekommen.) Eine Überprüfung (Stand 24.11.06) hat ergeben, daß die Anfrage noch nicht registriert wurde. Es wird nachgefasst.

Wer den o.g. Link nicht lesen kann, bekommt nachfolgend die Darstellung im Karlsruher Stadtwiki:

Ich habe eine Partei um Anfrage im Gemeinderat gebeten. Meine Fragen:

- Der städtische Schülerhort Waldstadt, Königsbergerstr. 37, 76139 Karlsruhe (SSW) wird auf das Gelände der Ernst Reuter Schule, Tilsiter Str. 15, 76139 Karlsruhe (ERS) verlegt. Warum bitte wird der SSW nicht auf seinem ursprünglichen Gelände weiterbetrieben?
- Sollte dies wegen Unterberechnung des Betriebs vom SSW sein, so bitte ich um Antwort, warum diese Zeit dann nicht mit Containern z.B. auf dem Gelände der ERS oder auf dem parkähnlichen Gelände vor der ERS überbrückt wird.
- Wofür wird das ursprüngliche Gelände des städtischen Schülerhorts verwendet?
- Wie kommt es, daß die Baukosten am alternativen Standortvorschlag der ERS für den SSW so viel höher veranschlagt wurden? Wurde auch die Belastung der Schüler durch Baumassnahmen in unmittelbarer Nähe der Klassenzimmer berücksichtigt? (vgl. hierzu abgelehnter Vorschlag des Bürgervereins (http://www.youtube.com/watch?v=Z_zeNIajpU4))
- Wie schätzen Sie den Bau des SSH auf dem Gelände der ERS soziologisch ein? Folgende Faktoren interessieren hier besonders:
 - Schülermotivation
 - Konflikte durch kreuzende Wege
 - Aggression wegen Einengung
 - Chancen-Entwicklung für Schüler öffentlicher Schulen in Karlsruhe. Analog zum Fall der ERS: Level down im Helmholtz-Gymnasium (<http://www.mcpin.org/Helmholtz.wmv>)

Ein Sprecher dieser Partei hat mit geantwortet, daß unsere Anfrage wegen der Sommerpause frühestens im Dezember auf die Tagesordnung kommen wird. Wenn sich weitere Mitglieder des Gemeinderates der Thematik annehmen würden, könnte aus der Anfrage ein Antrag werden. Wer weiß mehr zum Thema? --McPin.org 12:35, 30. Sep 2006 (CEST)

Mehr dazu: <http://www.buerger-fuer-karlsruhe.de/Gemeinderat/Anfragen/20061124mk.html>

Mitstreiter

Elternbeirat der ERS

insbesondere

Memmet Köse Memmet.Koese@bv-waldstadt.de

Hubertus Marek info@mcpin.eu

Rüdiger Mandt eb.ers@gmx.de

die aktiven im Bürgerverein Waldstadt was den Schülerhort anbelangt.

Eva.Paur@bv-waldstadt.de

Hans.Strauss@bv-waldstadt.de

Tom.Siebert@bv-waldstadt.de

Hubert.Keller@bv-waldstadt.de

Memmet.Koese@bv-waldstadt.de

Herr Köse teilt am 07.12.06 mit:

Der Vorstand des Bürgervereins hat gestern bei seiner Sitzung folgende Stellung zum Thema Schülerhort bezogen:

der Bürgerverein Waldstadt unterstützt das Vorhaben der Schule und der Eltern den Platz des Schülerhortes zu Verschieben aber auch nur das.

Das was der Bürgerverein unterstützt ist " Wir sind für den Schülerhort an der Stelle neben der Turnhalle". Unter Umständen wären Sie da auch bereit, dafür vor dem Rathaus zu demonstrieren.

Der Herr Keller wird in den nächsten Wochen einen Brief in dieser Hinsicht an den OB Fenrich schreiben.

Und es wird wohl ein Gespräch Herr Keller, Herr Knorre, und OB Fenrich geben.

Alles andre, was in der Initiative angegeben ist, möchte der Bürgerverein nicht öffentlich unterstützen.

Man sollte unsere (Elternbeirat ERS, Eltern ERS und BVW) Initiative nur auf den Schülerhort begrenzen. Alles andre kann dann eine andere Initiative abdecken.

Hier zeigt es sich, wie wichtig es für Politiker ist, Schulleiter zu isolieren mit ihrer Position zu indoktrinieren.

Die Partei Bürger für Karlsruhe

(<http://www.buerger-fuer-karlsruhe.de>)

ich habe am 24.11.06 die Thematik bei einem Parteitreffen angesprochen. Die BüKa will uns unterstützen. Auf der BüKa-Site wird über das Thema „Herunterregulieren öffentlicher Schulen“ berichtet werden. **Diese Anfrage hat es bislang nicht auf die Tagesordnung des Gemeinderats geschafft.**

INHALTLICHE DARSTELLUNG

Für die inhaltliche Darstellung stehen folgende Werkzeuge zur Verfügung:

Foto- und Videosammlung, die ich noch bei Bestehen der Arkaden angelegt habe – Wozu nutzten die Arkaden. Was fand unter den Arkaden statt. Wie wurde der Schulhof genutzt (Waldstadtfest).

Erläuterung:

Erst 10 Jahre nach Beantragung bekamen wir benötigte Räume gebaut. Die Baumaßnahmen sind eine Sparversion.



Statt das Hauptgebäude aufzustocken wurden die Arkaden zugebaut. Das verschlechtert die Möglichkeiten bei den schul- und klassenüblichen Festen. Gemütlichkeit geht verloren. Die Multikulti-Gesellschaft der Ernst-Reuter-Schule kann so schlechter zusammen finden.

Entstanden sind Räumlichkeiten, die zwar durch große Fensterflächen exklusiv anmuten. Tatsächlich sind die neuen Räume aber wenig menschengerecht: Eltern wünschen sich, daß ihre Kinder kühlen Kopf bewahren und warme Füße haben. Diese Wünsche lassen sich in den neuen Räumen schwer realisieren. Die Räume bekommen von Osten und Süden her kein Licht. Sie sind durch schlechte Isolierung (große Fensterflächen) stark heizungsabhängig. Die Räume sind nicht unterkellert (keine Wärme von unten). Eine teure Deckenheizung wird eher zu heißen Köpfen als zu warmen Füßen beitragen. **Eine Besichtigung vor Ort am 13. Feb 2007 ergab, daß zwischenzeitlich Heizkörper am Boden montiert wurden.**

Schon ohne den Bau des städtischen Schülerhorts ist bereits jetzt eine Verschlechterung des Pausenbereichs eingetreten. Die Schüler können bei Regen in den Pausen nicht mehr unter den Arkaden spielen. Der Bau des 43m langen städtischen Schülerhorts führt zu weiterer Verschlechterung der Bedingungen im Schulhof. Der Schulhof büßt unversiegelte Fläche ein. Das bedeutet nicht nur Verlust an Natur, sondern auch größere Probleme bei starkem Regen in dieser Senke.

Der Bau des städtischen Schülerhorts verschärft die Anforderungen an Aufsichtspersonen im Schulhof. Das Gelände ist schwerer zu kontrollieren. Der Schülerhort bietet Sichtschutz für unerwünschte Subjekte.

Der Baustil der Schule verändert sich von anspruchsvoll nach

- zusammengewürfelt
- unsystematisch (soziologisch schlechtes Konzept bei der Wegführung)
http://www.youtube.com/watch?v=Z_zeNIajpU4
- verschattet (Westen wird zugebaut - Ganztagschule)

Briefentwurf

Verletzung der politischen Pflichten bei Baumaßnahmen

Sehr geehrte...

in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat ist der Bildungserfolg eines Schülers so abhängig von seiner sozialen Herkunft wie in Deutschland (Erkenntnis aus den PISA-Studien + Zitat von Gerhard Schröder).

Die Forderung nach Chancengleichheit wurde bereits in der Aufklärung Ende des 17. Jahrhunderts gefordert. Sie findet sich in der Allgemeinen Erklärung der UNO und den Grundrechtstexten der Verfassungen der westlichen Demokratien.

Im Karlsruher Verwaltungsbezirk werden verkehrsberuhigte Zonen und Caféhausatmosphäre geschaffen. Bei Baumaßnahmen in Schulen wird hingegen extrem gespart. Mit einer MwSt.-Erhöhung um 3% verschafft sich der Staat 18,75% Mehreinnahmen und verschlechtert gleichzeitig die Verhältnisse in öffentlichen Schulen. Der Bürger wird in die Enge und Verzweiflung getrieben. Wer kann wandert aus:

Die Bundesrepublik erlebt derzeit die größte Auswandererwelle ihrer Geschichte. Im vergangenen Jahr dürften rund 160.000 Deutsche ins Ausland übergesiedelt sein. Das ergibt sich aus Berechnungen des manager magazins auf Basis von Zahlen des Statistischen Bundesamts. Industrie-Präsident Jürgen R. Thumann fordert: „Wenn wir hochqualifizierte Menschen im Land halten wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen entsprechend ändern. Dazu gehören ... ein günstiges soziales Umfeld, von der Kinderbetreuung über die Schulen bis zu den Universitäten.“

In der Waldstadt gehen die Möglichkeiten zur Versammlung aus: Die Freiflächen der ERS werden verschandelt und der Bau der B10 wird dicht am SSC vorbei vorangetrieben.

Weil sich das Bauterrain in der Ernst-Reuter-Schule eigentlich gar nicht für eine Bebauung eignet, werden 43 m eingeschossig zugebaut. Hinzu kommt, dass nur 26m Länge vereinbart waren.

Wir sind überzeugt davon, daß Sie dringend die Verschlechterung der Entwicklungsbedingungen in der ERS überdenken und die Notbremse ziehen sollten. Wir haben es nicht verdient, daß unsere schöne Schule in ein Moloch verwandelt wird.

Gruss

...

Verbreitung der Informationen

Video-Information lege ich auf meiner Internet-Site ab. Von hier können Videos ohne Wartezeit von Usern mit DSL-Verbindung angesehen werden.

Als weitere Kanäle kommen in Betracht:

Einbringen in die Foren politischer Parteien.

YouTube.com: diese Videoplattform wird in Karlsruhe von jungem Publikum in großer Zahl genutzt.

Stadtwiki: Thema wird zwar nur von relativ wenigen gelesen, bleibt aber stehen (ist nicht wie eine Pressemitteilung in wenigen Tagen vergessen).

VORGEHEN UND ZIELGRUPPEN

Schriftliche Erklärungen

Konkrete persönliche Anschreiben mit Exposé sollen an folgende Stellen gesandt werden:

Rathaus am Marktplatz

Dezernat 3

Jugend und Soziales, Schulen, Sport (Harald Denecken)

Dezernat 5

Planen und Bauen, Gesundheit, Kultur (Ullrich Eidenmüller)

<http://www.eidenmueller.de/>

Kultusministerium

http://www.km-bw.de/servlet/PB/-s/104hc751xlvx9yirh2q1q47iuefxlhv/menu/1075594_11/index.html

Helmut Rau MdL

<http://www.helmut-rau-mdl.de/>

Aussage auf privater Site:

"Schülerzahlen sinken bis 2020 um 18 Prozent"

Beauftragte für Chancengleichheit des Kultusministeriums

Wir freuen uns über Anregungen, Hinweise und sonstige Tipps, gerne auch per E-Mail an birgit.stimpfig@km.kv.bwl.de.
(-) bezieht sich nur auf den Schuldienst.

Bundesebene mit interessiertem Umfeld

<http://www.DirektZurKanzlerin.de>

Kontingent von 3 Inputs pro Woche. Interessierte Leserschaft. Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Organisation einer Demo

Suchen von ähnlich geschädigten wie z.B. Helmholtz-Gymnasium. Ggf. per Anzeige. Herr Mandt sagt, daß ggf. auch die Nebenius-Schule als Teilnehmer in Frage kommt. Kontaktaufnahme und Klärung könnte auch über <http://geb-karlsruhe.de> erfolgen.

Da wahrscheinlich viele von uns wenig Ahnung von Demos haben, habe ich nachfolgend einen Auszug aus einem Demo-Bericht dargestellt. Ich hoffe, so einen Eindruck vermitteln zu können, was wir auf einer Demo tun könnten. Wir können unser ERS-Banner mitnehmen und noch weitere Demo-Banner anfertigen.



(Lidl-Protest mit breitem Banner. Foto von Anton Greil)

Bis 14 Uhr trotzten wir der Kälte und verteilten Material an alle Passanten; Attacies diskutierten z.T. heftig und führen zahllose Gespräche mit im Prinzip sehr aufgeschlossenen und interessierten Kunden. Z.T. beklagten die Leute den Mangel an anderen Lebensmittelläden im Umkreis, z.T. einfach auch Geldmangel, und z.T. waren sie schlicht geschockt von der krassen Blockade von Betriebsratswahlen bei LIDL. Negative Reaktionen wie „kein Interesse!“ oder „könnt Ihr Euch nicht um wirklich wichtige Dinge kümmern!?“ kamen auch vor, waren aber eindeutig in der Minderzahl. Anfangs kam eine Mitarbeiterin interessiert nach draußen und ließ sich Flyer und Material geben. Wenig später kam die Filialleiterin, diese allerdings wutschnaubend. Als wir ihr jedoch unsere Genehmigung für die Versammlung vom Kreisverwaltungsreferat vorlegten, gab sie klein bei und ließ uns ab da in Ruhe. Es gab nur noch einmal eine kleine LIDL-Gegenattacke, als unser schönes PLAGIAT, das wir standesgemäß im LIDL-Schaukasten zu den Sonderangeboten geklebt hatten, wutentbrannt entfernt wurde.

Die zuständigen Polizei-Einsatzkräfte, die uns 2 Besuche abstatteten, waren dagegen ausgenommen zuvorkommend und wünschten uns viel Spaß und weiterhin viel Erfolg bei der Kampagne!

Artikel 37 Grundgesetz

(1) Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetze oder einem anderen Bundesgesetze obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten.

Rechtzeitige Androhung und ggf. Durchführung eines Boykotts des städtischen Schülerhorts

Boykottieren ist legal, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Näheres unter

<http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/schwetz.html>

oder einminütiges Video <http://www.sys-tv.de/a/Boykott.wmv>

In unserem Fall sind legale Rahmenbedingungen für einen Boykott vorhanden. Grundlegend für die Bewertung der Legalität von Boykottaufrufen ist in Deutschland eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1958.

Es ist denkbar, zum Boykott des städtischen Schülerhorts aufzurufen. Hierzu muß beschlossen werden, wer zum Boykott aufruft. Wichtig ist, daß ein Boykott rechtzeitig und deutlich angekündigt wird. Sonst werden wertvolle Chancen dieses Instruments verspielt.

Kampagnen durchführen

Neben den vorgestellten Maßnahmen ist es auch möglich, mit Kampagnen weiteren legalen Druck auszuüben. Denkbar wären z.B.

Informationsstände (ggf. mit Beamer und Leinwand)

Zusammenarbeit mit Parteien

Leserbriefe

Aufkleber (vgl. Nordtangente-Aktion)

Plakate (spätere Standorte für Demoplakate aussuchen)

z.B. der Spruch aus dem Video: „Hier üben se für den Tunnel!“¹⁾

Bei der Sitzung des Elternbeirates am 13. Feb 2007 wurde festgelegt, daß an Aktionen nur noch ein Infoabend vorgesehen ist, in dem die Sinnhaftigkeit des beschlossenen Standorts besprochen wird. Die ERS hat politisch gesehen keinen Grund, sich gegen den neuen Standort des Schülerhorts zu wehren. Die Aufhebung der Schulamtsbezirke und der demografisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen wird auch in Karlsruhe dazu führen, daß im Zuge von Wahlfreiheit einzelne Grund- und Hauptschulen geschlossen werden. Die ERS hat durch die Ansiedlung des Schülerhorts im Überlebenskampf einen beachtlichen Vorteil gegenüber anderen Schulen bekommen. Wehren müssten sich also eher die Schulen, die durch die nicht bekannt gemachte Trennung von Kinder- und Jugendtreff und Schülerhort benachteiligt wurden.

Karlsruhe, 15. Apr 2008

Hubertus Marek

Dieses Dokument finden Sie als PDF-Datei unter:

www.mcpin.org oder <http://sys-tv.de>

Wenn Sie das Dokument im Internet betrachten, so können Sie per Links auf eine Vielzahl multimedialer Elemente zugreifen.

Für weitere Informationen zum Ausbau dieses Papiers bin ich dankbar.

1) Hierbei handelt es sich um eine Anspielung auf das Karlsruher U-Stab Projekt.